



Unsere Forderungen zur Nationalratswahl

Langfassung

<u>Mit mehr Windkraft und Erdwärme durch den Winter!</u>	02
<u>Wärmedämmung für alle</u>	05
<u>Klimaschutz und Lebensqualität im ländlichen Raum sichern!</u>	07
<u>Menschen vor Hitze und Klimakatastrophen schützen</u>	09
<u>Mit Klima-Jobs unsere Zukunft sichern</u>	11



Mit mehr Windkraft und Erdwärme durch den Winter!

Mehr Windkraft für den Winter

Dank Tempo beim **Photovoltaik-Ausbau** ist Österreichs Strom im Sommer oft schon zu 100% erneuerbar. Weil im Winter die Sonne schwächer scheint und der Wind besonders stark weht, müssen wir im Winter mehr Windenergie nutzen.¹

Mehr Windenergie ist möglich, wenn wir einerseits **neue Windparks bauen** und andererseits veraltete Windparks erneuern. Moderne Windräder sind höher und haben oft stolze 7 Megawatt (MW) Leistung. Damit erzeugen sie übers Jahr bis zu viermal mehr Strom als alte Windräder. Das Ersetzen alter durch neue Windräder nennt man **“Repowering”**. Ganz neue Windparks können nur in Zonen gebaut werden, wo Windräder “erlaubt” sind. Zuständig für die Zonierung neuer Windenergie-Flächen sind die **Landesregierungen**. Daher fordern wir von allen Ländern, dass sie Flächen für neue Windparks zur Verfügung stellen.

Die Bundesregierung muss rasch und ambitioniert die Vorgaben der EU zu erneuerbaren Energien in nationales Recht umsetzen. Dazu zählen ein Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz, ein neues Elektrizitätswirtschaftsgesetz und weitere Gesetze, die das Einhalten der Klimaziele ermöglichen.

Erneuerbare Energie räumlich diversifizieren

Eine gleichmäßige geografische Verteilung von Windenergieanlagen in Österreich ist entscheidend für eine stabile und effiziente Energieversorgung. Derzeit konzentriert sich der Großteil der Windkraftanlagen auf die windreichen Regionen Burgenland und Niederösterreich, während in Westösterreich, also Vorarlberg, Tirol und Salzburg, kein einziges Windrad steht.

Diese Ungleichverteilung führt dazu, dass an windigen Tagen im Osten große Mengen Windenergie produziert werden, die aufgrund der begrenzten Transportkapazitäten der Leitungen nicht in den Westen gelangen können. Das führt oft dazu, dass die Bundesländer im Westen selbst an windigen Tagen dreckigen Kohlestrom aus beispielsweise Deutschland importieren müssen und heimische Wertschöpfung verloren geht. Durch die Installation von Windrädern auch in Westösterreich könnte die dort erzeugte grüne Energie direkt vor Ort genutzt werden, Importe würden zurückgehen und die Stromnetze wären weniger überlastet, was zu geringeren Transport-Verlusten führt.

Eine ausgewogene Verteilung erneuerbarer Energie senkt daher auch die Kosten für die Stromübertragung und Stromspeicherung. Strompreise würden sinken und außerdem stabiler sein. Das hilft den Menschen in ganz Österreich. Eine gleichmäßige Verteilung unterstützt damit nicht nur die nationale Energieunabhängigkeit, sondern optimiert auch die Kostenstruktur des Stromnetzes und fördert eine wirtschaftlichere Energieversorgung für alle Regionen.

¹ E-Control 2024: https://www.e-control.at/statistik/e-statistik/charts/str_ges_erz



Umweltfreundliche Geothermie ermöglichen

Da wir Menschen in Österreich im Winter jedoch nicht nur Strom, sondern auch klimafreundliche Wärme zum Heizen benötigen, braucht es hier eine Lösung. Eine einfache Option ist es, Geothermie, also die in heißem Gestein, unterirdisch gespeicherte Energie, zu nutzen. Erdwärme ist die Energiequelle mit den geringsten Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Landschaft. Es ist absurd, dass man in Österreich recht einfach nach Gas bohren kann, aber schwer eine Genehmigung für Erdwärme aus größerer Tiefe bekommt.

Geothermie ist technisch ausgereift und wird in Ländern wie Island, China, den USA, Schweden, Deutschland oder in der Schweiz im großen Stil genutzt. Und Österreich? Hier wird Geothermie durch ein Gesetz, das Mineralrohstoffgesetz (MinRoG)², fast unmöglich gemacht. Nach diesem Gesetz, dem Bergrecht, darf man Rohstoffe, die mehr als 300 Meter unter der Erde liegen nutzen, weil sie dem Staat Österreich und nicht den Grundstückseigentümer*innen gehören. Das ist der Grund, warum die OMV nach Öl bohren kann, ohne alle betroffenen Grundstückseigentümer*innen in Niederösterreich zu fragen.

Tiefengeothermie, also vom heißen Gestein erhitztes Wasser in 2000 bis 3000 Metern Tiefe, wird im Gesetz aber (noch) nicht angeführt. Die Folge: Es benötigt die Unterschrift von hunderten Grundbesitzer*innen, wenn beispielsweise die Wien Energie zusammen mit der OMV³ für die Wiener*innen klimafreundliche Wärme aus dem Boden holen mag. Das ist praktisch unmöglich und eine unnötige bürokratische Hürde.

Wir fordern daher vom Finanz- und Bergbauminister: Geothermie muss als "bundeseigener Rohstoff" in das MinRoG aufgenommen werden und gratis Energie in Österreichs Untergrund soll endlich für die Menschen nutzbar gemacht werden.

Wenn die Politik Hürden für Windräder und Geothermie abbaut und Österreich diese erneuerbaren Energie künftig schneller ausbauen kann, hat das enorme Vorteile für die Menschen:

- Weil die teuren Gaskraftwerke seltener anspringen müssen, **sinken die Stromkosten.**
- Weil wir weniger Gas verheizen, brauchen wir **keine Gasimporte aus Russland** und können endlich sicherstellen, dass unsere Gasrechnung nicht auf Umwegen Putins Angriffskrieg in der Ukraine finanziert.
- Windräder und Geothermie führen zu **mehr Versorgungssicherheit im Winter.**

Heimische Wertschöpfung stärken

Erneuerbare Energien stärken die heimische Wertschöpfung in Österreich erheblich. Der Ausbau erneuerbarer Energie könnte im Zeitraum von 2020 bis 2030 jährliche Investitionen von 4,5 Milliarden Euro in Österreich auslösen. Im Jahresdurchschnitt könnten so mehr als 100.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Zudem könnte sich das BIP pro Jahr durchschnittlich um fast 10 Milliarden Euro erhöhen.

² <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008040>

³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230308_OTS0080/wien-energie-und-omv-kooperieren-bei-der-entwicklung-der-tiefengeothermie-im-grossraum-wien



Eine Untersuchung des Energieinstituts der Johannes Kepler Universität Linz legt nahe, dass der Ausbau von 27 TWh im Strombereich gemäß den Vorgaben des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) und 15 TWh für die Bereiche Wärme, Mobilität und Industrie, wie im aktuellen Regierungsprogramm für das Jahr 2030 festgelegt, diese Effekte ermöglichen würde.⁴

Angesichts der Corona-Pandemie und der negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt entpuppt sich die Energiewende somit als Konjunkturmotor, der zahlreiche neue Jobs schafft und die heimische Wertschöpfung steigert. Lokale Unternehmen profitieren von Aufträgen für Installation, Wartung und Betrieb von Wind-, Solar- und Biomasseanlagen. Zudem reduzieren erneuerbare Energien die Abhängigkeit von Energieimporten, was die Handelsbilanz verbessert und die Energiesicherheit erhöht, insbesondere wenn ab 1. Jänner 2025 voraussichtlich kein russisches Gas mehr durch die Ukraine importiert werden wird.

⁴ Energieinstitut der JKU Linz 2020: <https://energieinstitut-linz.at/wp-content/uploads/2020/10/Energieinstitut-VWL-Effekte-durch-Investitionen-in-EE-Langfassung.pdf>



Wärmedämmung für alle

Volatile Heizkosten

Laut dem Klimaministerium werden in Österreich noch 35 % der Haushalte direkt fossil beheizt: 22 % heizen mit Erdgas, 13 % mit Heizöl. Dabei gibt es große Unterschiede in den einzelnen Bundesländern, jedoch wird vor allem im Osten mit fossilen Brennstoffen geheizt.⁵

Vor allem jene Menschen, die auf Öl und Gas zum Heizen angewiesen sind, sind den Preisschwankungen ausgeliefert. Dieser Effekt wurde durch die Energiekrise noch verstärkt: In den letzten fünf Jahren haben sich die Heizölpreise verdoppelt.⁶ Diese starken Schwankungen belasten die Haushalte erheblich und machen eine langfristige Planung schwierig. Um allen Menschen die Möglichkeit auf leistbare, sichere und erneuerbare Heizenergie zu geben, ist es notwendig, dass die Energienutzung und -effizienz der österreichischen Haushalte umweltfreundlicher gestaltet wird.

Versorgungssicherheit und Schutz vor Hitze

Ein typischer Altbau braucht ohne Dämmung viermal so viel Heizenergie wie mit Sanierung. Wärmedämmungen leisten auch einen großen Beitrag zur Versorgungssicherheit: Bei einem Heizungsausfall hält ein ungedämmtes Haus die Wärme nur etwa einen Tag, bevor es unangenehm kalt wird. Ein gedämmtes Haus hält die Wärme hingegen 4-7 Tage.

Den gleichen Effekt gibt es auch bei Hitzewellen im Sommer: Die Wohnung heizt sich nicht so schnell auf. Und wenn man das Fenster in der Nacht öffnet, kann man die größte Hitze wieder weglüften. Durchschnittlich bleibt eine Wohnung mit Wärmedämmung ca. 5 Grad kühler als ohne. 25°C oder 30°C macht für den Komfort einen sehr großen Unterschied.

Vermietende-Mietende-Dilemma

Laut aktueller Rechtslage sind Gebäudebesitzer*innen (Vermieter*innen) für eine thermische Sanierung zuständig, während die Mieter*innen die Heizkosten tragen. Egal wie hoch die Energiepreise sind, es gibt für die Vermieter*innen keinen Anreiz, in eine Wärmedämmung zu investieren. Umgekehrt haben die Mieter*innen keine Möglichkeit, tätig zu werden. Daraus folgt insbesondere, dass auch die CO₂-Steuer in diesen Fällen keine Lenkungswirkung hat.

In den letzten Jahren wurden vor allem Eigentumswohnungen saniert⁷. Nur noch 25% der Wohnungen, in denen die Eigentümer*innen selbst leben, haben einen unzureichenden thermischen Standard, aber mehr als die Hälfte der Mietwohnungen sind nicht saniert. Über 40%⁸ der Haushalte in Österreich können nicht selbst entscheiden, ob und welche Sanierungsmaßnahmen an ihren Wohnobjekten vorgenommen werden und wie sie ihre Wohnungen heizen. Um Energieverbrauch und CO₂-Emissionen zu senken, ist es daher notwendig, dieses künstlich erzeugte Marktversagen aufzulösen. Gleichzeitig werden dadurch Mieter*innen auch vor hohen und schwankenden Heizkosten geschützt.

⁵ <https://energie.gv.at/hintergrund/so-heizt-oesterreich-in-zukunft>

⁶ https://www.bmk.gv.at/themen/energie/preise/aktuelle_preise.html

⁷ http://iibw.at/documents/2020%20IIBW_UBA%20Sanierungsrate.pdf

⁸ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnsituation>



Beispiel für Erfolg von Zusammenarbeit von Staat, Vermieter*innen und Mieter*innen

Das Märkische Viertel in Berlin zeigt, wie erfolgreiche Zusammenarbeit von Staat, Mieter*innen und Vermieter*innen zu guten Lösungen für alle bei der Wärmedämmung führen kann. Zwischen 2008 und 2016 modernisierte die Gesobau über 13.500 Wohnungen energetisch, unterstützt durch staatliche Förderungen. Die Sanierungsarbeiten, die jeweils nur 10-14 Tage pro Wohnung dauerten, ermöglichten es den Mieter*innen, in ihren Wohnungen zu bleiben. Dies führte zu moderaten Mietsteigerungen von etwa vier Prozent, welche durch die niedrigeren Heizkosten ausgeglichen werden konnten, und einer jährlichen CO₂-Reduktion von rund 39.000 Tonnen. Heute ist das Märkische Viertel Deutschlands größte Niedrigenergiesiedlung.⁹

Wärmedämmungen helfen gegen Schimmel

Schimmel an den Außenwänden oder in den Fensternischen liegt meist an fehlender und unsachgemäßer Wärmedämmung: Wenn die Außenwände im Winter zu kalt werden, kondensiert die Luftfeuchtigkeit und die Wand wird so feucht, dass Schimmel wachsen kann. 18% der Wohnungen sind in Österreich betroffen.¹⁰

Schimmel gibt Sporen an die Luft ab, die ganz allgemein ein Gesundheitsrisiko darstellen. Kinder sind ganz besonders gefährdet, weil die Sporen lebenslange Folgen wie Asthma oder Allergien auslösen können. Daher sind die Folgeschäden und -kosten der fehlenden Wärmedämmungen enorm.

Mögliche Instrumente um Sanierungen voranzutreiben:

- Warmmiete nach schwedischem Vorbild: Vermietende sind dafür verantwortlich, dass die Wohnung auf die vereinbarte Temperatur - meist 21°C - geheizt wird und tragen dafür die Kosten. Mietende haben kein Risiko durch schwankende Energiepreise oder kalte Winter.
- Französisches Modell: Verbot für die Vermieter*innen, die Miete an die Inflation anzupassen, wenn der Heizwärmebedarf höher ist als X kWh/m²a - wobei X nach Jahren gestaffelt sinkt, um bei den schlechtesten Gebäuden zuerst einen Anreiz zu setzen. Also ein*e Vermieter*in darf ohne Investitionen nicht die Miete erhöhen.
- Recht für die Vermieter*innen, bei einer Sanierung die Miete um die durchschnittlich erwartbare Heizkostenreduktion zu erhöhen.
- Heizwärmebedarf-abhängige Mietobergrenzen im Mietrechtsgesetz bzw. Richtwertgesetz
- Gesetzliche Sanierungspflicht: Es wird ein bundesweiter Sanierungsplan erstellt, der vorsieht, dass die am schlechtesten gedämmten Gebäude zuerst saniert werden. So kann trotz knapper Kapazitäten eine gute Dekarbonisierung erreicht werden.
- Staatliche Sanierungskredite mit einer Laufzeit von 40 Jahren. Bei besonderer Bedürftigkeit können die Raten zeitweise auch vom Staat übernommen werden.

⁹ <https://www.berliner-mieterverein.de/>

¹⁰ https://www.ots.at/amp/pr/OTS_20150528_OTSO030/



Klimaschutz und Lebensqualität im ländlichen Raum sichern!

Masterplan für den ländlichen Raum

Ein umfassender Masterplan für einen klimagerechten ländlichen Raum sollte Bodenverbrauch, Energie und Raumordnung integrieren. Um eine nachhaltige Zukunft zu sichern, muss die Infrastruktur im ländlichen Raum dringend ausgebaut werden.

Zudem sollten Projekte zur Gewinnung erneuerbarer Energien gefördert, nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken unterstützt und die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel verbessert werden.

Infrastruktur ausbauen und Wege verkürzen

Die Infrastruktur im ländlichen Raum sollte dringend ausgebaut werden. Die Ortskerne müssen gestärkt werden, anstatt weiter Flächenversiegelung an den Ortsrändern zu befeuern. Dazu sollte die Flächenwidmungskompetenz von der Gemeinde- auf die Landesebene verlagert werden.

Nahversorger sollten fußläufig erreichbar sein, anstatt am Ortsrand zu liegen. Auch ärztliche Versorgung sollte möglichst nahe liegen, sodass Menschen nicht erst in die großen Städte fahren müssen. Zudem müssen die öffentlichen Verkehrsmittel qualitativ und flächendeckend verbessert werden.

Einbindung lokaler Akteur*innen

Die Menschen im ländlichen Raum sind die ersten, die die Auswirkungen der Klimakrise spüren und von Naturkatastrophen wie Hochwassern und Erdbeben betroffen sind. Nur diejenigen, die dort leben und arbeiten, kennen die spezifischen Herausforderungen und Potenziale.

Ein Zukunftsplan muss daher in enger Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen entwickelt werden. Regierungen auf allen Ebenen sollten Bürger*innen-Foren, lokale Arbeitsgruppen und Fachkommissionen einrichten, um die Perspektiven und das Fachwissen der Bevölkerung vor Ort einzubeziehen. Die vor fünf Jahren gestartete "Dein Ort"-Aktion zeigte das überwältigende Interesse für Klimaschutz und Gestaltungswillen in der ländlichen Bevölkerung auf.¹¹

Soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität

Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Lebensqualität gehen. Maßnahmen müssen auch soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität berücksichtigen. Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und digitale Infrastruktur sind notwendig, um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten und Abwanderung zu verhindern.

¹¹ <https://fridaysforfuture.at/deinort>



Der ländliche Raum braucht zudem zukunftsfähige Perspektiven jenseits des Massentourismus und schnee-abhängigen Wintertourismus. Gemeinden sollten wieder attraktive Arbeits- und Lebensräume werden. Es müssen funktionierende Strukturen und Arbeitsplätze vor Ort geschaffen sowie Remote-Arbeit ermöglicht werden, um den ländlichen Raum lebendig und zukunftsfähig zu halten.



Menschen vor Hitze und Klimakatastrophen schützen

Finanzierung durch Vermögenssteuer

Ein Drittel der österreichischen Emissionen werden durch die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verursacht.¹² Das reichste Prozent verursacht pro Jahr sogar so viel Emissionen, wie durchschnittliche Menschen in ihrem halben Leben verbrauchen. Die Kosten der Klimakrise müssen daher von jenen getragen werden, die sie verursachen. Deshalb fordern wir eine Vermögenssteuer, deren Einnahmen (teilweise) für Schäden durch Klimakatastrophen sowie Anpassungsmaßnahmen herangezogen werden.

Durch die Einführung der Vermögenssteuer können notwendige Maßnahmen zum Schutz aller Menschen vor dem Klimawandel und den damit einhergehenden Klimakatastrophen finanziert werden. Außerdem ist dies ein erster Schritt in die Richtung, dass diejenigen, die Emissionen verursachen, auch dafür bezahlen müssen, andere Menschen vor den daraus resultierenden Folgen zu schützen.

Menschen vor Hochwasser schützen

Der Ausbau des Hochwasserschutzes ist von entscheidender Bedeutung, um sowohl Menschenleben als auch Existenzen effektiv zu schützen. Neben Hochwasserschutzeinrichtungen spielt die Renaturierung von Flüssen eine zentrale Rolle, denn sie stärkt den natürlichen Hochwasserschutz durch die Wiederherstellung ungerader Flussverläufe und Auenlandschaften. Diese natürlichen Strukturen bieten einen entscheidenden Schutz vor Überschwemmungen, indem sie das Wasser besser aufnehmen und verteilen können.

Hitze in Städten reduzieren

Die Zahl der Hitzetoten übersteigt mittlerweile jene der Verkehrstoten.¹³ Besonders betroffen sind dabei vor allem vulnerable Personengruppen, wie ältere Menschen oder Personen mit Behinderungen. Auch Menschen, die sozio-ökonomisch schlechter gestellt sind und dadurch oft in schlecht isolierten Wohnungen und wenig begrünten Vierteln wohnen, sind besonders stark von den Auswirkungen der Hitze betroffen. Daher muss neben der Sanierung von Wohnungen auch die Begrünung von Städten eine zentrale Rolle bei städtischen Hitzeschutz Konzepten spielen.

Um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen, braucht es eine Verkehrsberuhigung und Begrünungs-Offensiven für die großen Städte: Ziel muss es sein, dass es in jeder Gasse zumindest kleine grüne Inseln mit Bäumen oder Sträuchern gibt. Plätze, die jetzt Hitzeinseln sind, sollen zu grünen Oasen werden. Es sollen auch konsumfreie öffentliche Orte zur Abkühlung geschaffen und ausreichend Trinkwasserbrunnen zur Verfügung gestellt werden.

¹²<https://www.momentum-institut.at/news/emissionsungleichheit/#:~:text=Wer%20in%20%C3%96sterreich%20zum%20reichsten,daher%20bei%20den%20Reichsten%20ansetzen.>

¹³<https://kurier.at/chronik/oesterreich/klimaforscher-marc-olefs-zib-2-hitzetote-starkregen-klimawandel/402926061>



Anpassung der Landwirtschaft wegen Ernteaussfällen

Extreme Wetter- und Klimaereignisse, wie Dürren und Hitzewellen, können den Ertrag bestimmter Nutzpflanzen erheblich verringern. Solche Ereignisse werden durch den Klimawandel immer häufiger eintreten und das Risiko auf Ernteverluste immer weiter erhöhen. Alleine letztes Jahr sind in der Landwirtschaft rund 250 Millionen Euro Schaden durch Dürre, Überschwemmungen, Hagel, Stürme und Kaltwettereinbrüche angefallen.¹⁴

Ernteaussfälle wie diese bedrohen nicht nur die Existenz der österreichischen Landwirt*innen, sondern auch die nationale Ernährungssicherheit und führen zu höheren Nahrungsmittelpreisen. Deshalb ist eine Entwicklung und Implementierung von Rahmenbedingungen und Anreizen, die eine klimafreundliche und nachhaltige Landwirtschaft fördern, wie zum Beispiel zum Schutz und der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, dringend notwendig.

Renaturierung & Stärkung natürlicher Ökosysteme

Der Wald gilt als natürliche CO₂-Senke, schützt im umliegenden Gebiet vor den Folgen von Umweltkatastrophen und bietet Lebensraum für heimische Tiere und Pflanzen, welche positiv zum Ökosystem Wald beitragen. Durch Fichten-Monokulturen, zu hohe Entnahmen von Bäumen aus den Wäldern und die Folgen der Klimakrise sind die österreichischen Wälder in Gefahr.

Vor allem Mischwälder müssen gefördert werden, da Monokulturen die Anfälligkeit für Schädlingsbefall, wie durch Borkenkäfer, begünstigen. Weiters soll die Waldbiodiversität und die Ökosystemfunktion von Wäldern verbessert bzw. wiederhergestellt werden. Zudem sollen Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der Wälder getroffen werden, einschließlich der Vermeidung von Abholzung und der Förderung nachhaltiger Forstwirtschaftspraktiken.

¹⁴ <https://www.hagel.at/presseaussendungen/jahresbilanz-2023/>



Mit Klima-Jobs unsere Zukunft sichern

Gesamtplan für zukunftsfitte Wirtschafts- und Arbeitswelt

Wirtschafts- und Arbeitswelt müssen mit den Klimazielen und den Zielen der Klimaneutralität 2040 in Einklang stehen. Als Grundlage für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen braucht es datenbasierte und verbindliche gesamtgesellschaftliche Treibhausgas-Reduktionspfade, um zu identifizieren, welche Branchen ausgebaut werden müssen, welche vorübergehend bestehen bleiben müssen, da sie für die Transformation notwendig sind, welche umstrukturiert und welche rück- bzw. abgebaut werden müssen.

Im weiteren muss definiert werden, welche Berufe für die Transformation benötigt werden und welche in Einklang mit einer nachhaltigen Wirtschaft stehen. Ansonsten würden die Maßnahmen weitgehend im Blindflug erfolgen, auch bezüglich der Anzahl der benötigten Arbeitskräfte in den jeweiligen Bereichen.

Österreich benötigt einen Gesamtplan für den klima-fitten Umbau der (Wirtschafts- und) Arbeitswelt, in welchem u.a. die unten genannten Fragen möglichst evidenzbasiert, gesamtgesellschaftlich und sektorübergreifend diskutiert und beantwortet werden. Folgende konkrete Unterpunkte sollten u.a. in dem Gesamtplan Eingang finden und werden durch unsere Forderungen adressiert:

- Wie schafft man ausreichend Klima-Jobs für die Transformation?
- Wie gestaltet man Klima-Jobs fair und attraktiv, um ausreichend Menschen für die Jobs zu mobilisieren? Und wie werden Arbeitsbedingungen und Arbeitsrecht im Zeitalter der Klimakrise angepasst?
- Wie kann die Transformation der Arbeits- und Wirtschaftswelt existenzsichernd erfolgen?

Ausreichend Klima-Jobs schaffen

Um die Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir unglaublich viele Menschen in sehr vielen unterschiedlichen Berufen, die gemeinsam Österreichs Wirtschaft, Infrastruktur und Produktion umbauen. Ohne Installateur*innen, die Ölkessel ausbauen und Wärmepumpen einbauen, ohne Busfahrer*innen, die Busse lenken, oder ohne Bahnpersonal, welches das Funktionieren unseres Schienennetzes sicherstellt, ist die Klimaneutralität in Österreich nicht zu erreichen.

Doch welche Jobs müssen überhaupt geschaffen werden, um die Klimaneutralität zu erreichen? Bis zur Ausarbeitung konkreter Reduktionspfade für Sektoren und Branchen kann die Mangelberufsliste herangezogen werden¹⁵ zusätzlich ergänzt durch regionale Mangelberufslisten¹⁶, die schon jetzt aufzeigen, welche Ausbildungen und Qualifikationen in Österreich unzureichend vorhanden sind.

Für die Erreichung der Klimaneutralität unmittelbar relevante Mangelberufe sind beispielweise Starkstromtechniker*innen, Maschinenbauer*innen, Elektromonteur*innen und

¹⁵<https://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung/bundesweite-mangelberufe/>

¹⁶<https://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung/regionale-mangelberufe/>



Elektroinstallateur*innen, Maler*innen, Hochbauer*innen, Installateur*innen oder Autobus und Schulbuslenker*innen. Manche davon sind relativ schnell durch Weiterbildungen und Umschulungen vermittelbar, andere brauchen längere Ausbildungen.

Wir fordern daher, dass die bestehenden Mangelberufslisten auf transformationsrelevante Jobs gesichtet und für diese ausreichende Ausbildungsplätze und Umschulungsplätze geschaffen werden. Zusätzlich sollten unterschiedliche Maßnahmen entworfen und umgesetzt werden, um ausreichend Menschen für diese Berufe zu mobilisieren:

- Durch bewusstseinsbildende Kampagnen (*Was sind Klima-Jobs, warum sind sie relevant und welche Chancen bieten sie am Arbeitsmarkt?*)
- Attraktivierung durch bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen
- Requalifizierungen innerhalb von Unternehmen (finanziert durch Unternehmen)
- Stiftungen zur Neuorientierung und Umschulung (mitfinanziert von Unternehmen)
- Anpassungen im Bildungssektor - zukunftsfitte Ausbildungen
 - neue Lehr-, Schul- und Weiterausbildungsformate bzw. deren Erweiterung sowie Ausweitung bestehender, die für die Transformation und eine klimaneutrale Wirtschaft notwendig sind
 - Beispielsweise sollten bestehende Lehrberufe und deren Ausbildungspläne in klimarelevanten Sektoren dahingehend untersucht werden, inwiefern sie die für die Dekarbonisierung notwendigen Qualifikationen an die Auszubildenden weitergeben. Bei eventuellen Defiziten in der Ausbildung sollten die Pläne angepasst werden. Zum Beispiel sollten Installateur*innen vermehrt den Einbau von Wärmepumpen lernen, anstatt den von fossilen Heizsystemen.
 - Dabei wird deutlich, dass Technologieklarheit die Grundlage bietet, solche zentralen Anpassungen in Ausbildungen vorzunehmen, und um diese zukunftsfit zu gestalten. Technologieoffenheit hingegen steht dieser Klarheit und der notwendigen Überarbeitung der Ausbildungen entgegen und hemmt sie.
- Ausweitung der Mittel für aktive (Umschulungen) und passive Arbeitsmarktpolitik (Ausbildungsgeld etc.) sowie für personelle Ressourcen des AMS sind ebenfalls notwendig
- Einbindung der Beschäftigten in die Transformation

Abgesehen davon sollten der Bund, Länder und Behörden gezielt Umschulungen bereitstellen, um die Transformation des Arbeitsmarkts proaktiv zu forcieren. Folgendes praktisches Beispiel unterstreicht das große Potenzial solcher Maßnahmen: Laut AMS¹⁷ sind derzeit (Stand Juni 2024) ca. 17.800 Personen im Bausektor arbeitslos. Die öffentliche Hand könnte im Rahmen von einem Initiativprogramm einem Großteil dieser Arbeitslosen Zusatzausbildungen anbieten, um anschließend den öffentlichen Gebäudebestand (Krankenhäuser, Schulen, Gemeindewohnungen usw.) thermisch zu sanieren. So erhielten viele Menschen wertvolle Zusatzqualifikationen, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und gleichzeitig für die Erreichung der Klimaziele gebraucht werden. Zusätzlich

¹⁷ <https://iambweb.ams.or.at/ambweb/> (in der Maske für die Tabellen muss nach Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweigen gesucht werden, für Stand Juni 2024)



würden dadurch die Sanierungsraten erhöht, Kosten und CO₂-Emissionen eingespart und Immobilien aufgewertet.

Ein weiteres Best-Practice-Beispiel für die Schaffung von Klima-Jobs ist der Öko-Booster¹⁸ der Stadt Wien. Der Öko-Booster bietet allen zwischen 18 und 25 Jahren, die beim AMS vorgemerkt sind, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Jahren zu Elektriker*innen oder Installateur*innen ausgebildet zu werden. Das bietet einerseits gute Jobchancen für junge Erwachsene und schafft gleichzeitig wertvolle Arbeitskräfte für die Erreichung der Klimaziele.

Klima-Jobs müssen fair und attraktiv sein!

Klima-Jobs müssen sich für die Menschen lohnen. Oftmals sind schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Entlohnung Gründe für einen „Mangel“ an system- und transformationsrelevanten Arbeitskräften.

Deshalb fordern wir, dass attraktivere Arbeitsbedingungen für transformations-relevante Jobs sichergestellt und für angemessene Entlohnung in diesen Berufen gesorgt wird. Des Weiteren muss das Arbeitsrecht an die Realität der Klimakrise angepasst werden.

Bessere Arbeitsbedingungen für Busfahrer*innen

Die Eisenbahn kann nicht bis ins letzte Eck Österreichs fahren, ihr Ausbau ist oft eine langwierige Angelegenheit. Vor allem für entlegene Regionen sind Busse eine preiswertere und leichter umsetzbare Alternative. Für mehr Busse braucht es aber auch mehr Busfahrer*innen. Und gerade daran hapert es: Schon jetzt gibt es für die bestehenden Buslinien zu wenig Fahrer*innen – das Bestandspersonal (15.000 Lenker*innen), leidet schon länger unter der hohen Arbeitsbelastung: zu wenig Pausen aufgrund zu dichter Taktintervalle, zu viele Überstunden, etc.,. Viele Fahrer*innen haben deswegen schon das Handtuch geworfen. Ohne Personal ist an einen Ausbau des Linienangebots, und damit eine Mobilitätswende, nicht zu denken.

Wir fordern daher von den Betrieben zu denen unter anderem Dr. Richard, Postbus, Blaguss zählen, und der WKÖ das Eingehen auf die Forderungen von Buslenker*innen nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Denn nur so können wir als Nutzer*innen und Beschäftigte des öffentlichen Verkehrs sicher, fair und klimaverträglich gemeinsam fahren!

Dazu gehört im ersten Schritt die konkrete Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kollektivvertrag der Busfahrer*innen:

- Längere Betriebszugehörigkeit muss sich finanziell lohnen
- Faire Entlohnung von Nacht- und Sonntagsarbeit wie in anderen Branchen
- Einfacheres Erreichen der 6. Urlaubswoche
- Aufenthaltsmöglichkeiten (beheizte Pausenräume, sanitäre Anlagen mit Toiletten)
- Entfall der sogenannten „geteilten Dienste“

Die Bundesländer müssen über die Verkehrsverbünde die „Knock-Out-Kriterien“ und Strafzahlungen für Verstöße von Busunternehmen gegen Vorschriften, Gesetze und Rechte

¹⁸ <https://www.waff.at/oeko booster/>



von Beschäftigten deutlich verschärfen. Unsere Steuerbeiträge sollen gute Arbeitsbedingungen schaffen!

Die Länder und Verkehrsverbände sollten ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen, um die genannten Forderungen umzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Vergabe öffentlicher Mittel sollte in Zukunft stärker an die Arbeitsbedingungen in den Verkehrsverbänden geknüpft werden. Der Kostendruck der Verkehrsverbände darf nicht auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten abgewälzt werden.

Bessere Arbeitsbedingungen für Zugpersonal

Die Bahn ist das klima- und umweltfreundlichste Verkehrsmittel, besonders auf langen Strecken. Österreich kann stolz darauf sein, Vorreiter im Bahnwesen zu sein. Die Züge sind effizient und nutzen größtenteils grünen Strom. Trotzdem, um die Mobilitätswende zu schaffen, gilt es, auch die Arbeitsbedingungen des Zugpersonals zu verbessern, um somit auch in Zukunft ausreichend Menschen zu finden, die die Mobilitätswende ermöglichen.

Mehr Zugbegleiter*innen sorgen für besseren Service und erhöhen die Sicherheit für alle Reisenden. Daher sollten mehr Zugbegleiter*innen ausgebildet werden, um das für die Erreichung der Klimaneutralität steigende Fahraufkommen zu bedienen.

Arbeitsrecht muss an Folgen der Klimakrise angepasst werden

Der Sommer 2023 war der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen, wie die Zahlen des Erdbeobachtungsprogramms Copernicus der Europäischen Union eindeutig belegen¹⁹. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits für viele Beschäftigte am Arbeitsplatz spürbar, insbesondere für die 400.000 Outdoor-Arbeitnehmer*innen in Österreich. Diese Arbeitnehmer*innen sind am Arbeitsplatz oft der Hitze und UV-Strahlung schutzlos ausgesetzt, was langfristige gesundheitliche Folgen haben kann. Neben einem erhöhten Risiko für Krankheiten wie hellem Hautkrebs durch langjährige UV-Exposition, steigert die Hitze die Arbeitsbelastung erheblich und kann zu Hitzeschlägen oder Kollaps führen. Es besteht daher ein dringender Handlungsbedarf seitens des Gesetzgebers, um die rechtlichen Vorschriften an die Folgen der Klimakrise anzupassen.

Bauarbeiter*innen sind eine der Berufsgruppen, die am stärksten unter den Auswirkungen steigender Temperaturen leiden. Auf Dächern oder in Baugruben können die Temperaturen im Sommer auf bis zu 50°C ansteigen. Diese extreme Hitze hat gravierende gesundheitliche Folgen für die Beschäftigten und erhöht zudem das Risiko von Arbeitsunfällen erheblich. Die gegenwärtige arbeitsrechtliche Regelung für Bauarbeiter*innen ist jedoch unzureichend: Hitzefrei kann auf Baustellen erst ab einer Schattentemperatur von 32,5°C beantragt werden, wobei es dafür keinen rechtlichen Anspruch gibt. Die Entscheidung über die Gewährung von Hitzefrei liegt allein im Ermessen der Arbeitgeber*innen. Wenn nach Rücksprache mit dem Betriebsrat Hitzefrei gewährt wird, erhalten die Arbeiter*innen eine Lohnfortzahlung von 60 Prozent, die den Unternehmen von der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) erstattet wird. Die BUAK-Daten für dieses Jahr verdeutlichen jedoch, dass die freiwillige Gewährung von Hitzefrei durch die Verantwortlichen auf

¹⁹https://germany.representation.ec.europa.eu/news/copernicus-daten-juli-2023-der-heisseste-monat-seit-aufzeichnung-2023-07-28_de



Baustellen nicht ausreicht: Trotz der Hitzerekorde erhielt im Sommer lediglich jede*r vierte Bauarbeiter*in stundenweise Hitzefrei.

Deshalb fordern wir, dass sowohl das Arbeitnehmer*innen-Schutzgesetz als auch die Arbeitsstättenverordnung überarbeitet werden, um den klimabedingten Herausforderungen in der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden.

Solche Anpassungen an die neuen klimabedingten Herausforderungen können sich auch z.B. als verstärkte Maßnahmen für die Prävention von hellem Hautkrebs zeigen. Heller Hautkrebs sollte endlich als Berufskrankheit anerkannt werden. Zudem müssen verpflichtende Hautuntersuchungen für gefährdete Arbeitnehmer*innen eingeführt werden.

Des Weiteren fordern wir verpflichtende Maßnahmen für Arbeitgeber*innen: Ab 25°C sollte eine besondere Evaluierungspflicht für Arbeitgeber*innen bestehen, die sie verpflichtet, ab dieser Temperatur geeignete Maßnahmen zu treffen, um einen weiteren Temperaturanstieg zu verhindern. Weiters fordern wir, dass Arbeitnehmer*innen bezahlt Hitzefrei für die Stunden ab 30°C erhalten, sofern nicht wesentliche Teile der Tätigkeit in gekühlten Innenräumen erbracht werden. Bei Tätigkeiten in gekühlten Innenräumen sollte es trotzdem einen finanziellen Zuschlag für die Teile der Tätigkeiten geben, die ab 30°C Außentemperatur im Freien erbracht werden. Arbeit an gesetzlich definierten Hitze Arbeitsplätzen mit produktionsbedingter Hitzeüberschreitung (z.B. Hochöfen) muss dabei berücksichtigt werden.

Klima-Job-Garantie

Für Fridays For Future Austria sind Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit Kernanliegen. Die Transformation der Arbeits- und Wirtschaftswelt muss im Sinne einer „Just Transition“ existenzsichernd erfolgen. Daher ist klar, dass Arbeitende, Personen, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, sowie solche, die neu eintreten, Unterstützung benötigen, um ihre Existenz und Zukunft trotz der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sichern zu können.

Zusätzlich sollten Menschen dabei unterstützt werden, mit ihrer Arbeit zur Erreichung der Klimaziele beizutragen, indem passende und leistbare Umschulungs- und Ausbildungsplätze für klimarelevante Berufsgruppen geschaffen werden. Diese Berufsgruppen sollten gleichzeitig durch Verbesserungen bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden.

Deshalb fordern wir eine Klima-Job-Garantie sowie Umschulungsgarantien. Jede Person, die sich aufgrund arbeitsmarkt-politischer Entwicklungen beruflich umorientieren muss, sollte die Möglichkeit erhalten, einen klimarelevanten Beruf oder Qualifikationen zu erlernen und dabei staatlich finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Auch Personen, die aus eigenem Interesse und Motivation einen klimarelevanten Beruf oder Qualifikationen erlernen möchten, sollten diese Unterstützung erhalten.

Zentral ist dabei, dass für eine ausreichende finanzielle Absicherung während der Aus- und Weiterbildung gesorgt wird, auch in Hinblick auf Pensionsansprüche und Altersarmut. Des Weiteren sollten Fachkräfte- und Selbsterhalter-Stipendien sowie Qualifizierungsgeld ausgebaut werden, um dem Umstieg zu erleichtern. Das AMS sollte in Zusammenarbeit mit



den zuständigen Ministerien, Ländern, Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Transformationsplan ausarbeiten, in dem die Klima-Job-Garantie und Umschulungsgarantien entwickelt und umgesetzt werden.

Bei älteren Personen, die aufgrund der Dekarbonisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt kurz vor der Pension ihre Arbeit verlieren, sollten Frühpensionierungen ohne Abschläge in Betracht gezogen werden. Stiftungen zur Neuorientierung und Umschulungen sollten teils durch öffentliche, teils durch private Gelder finanziert werden. Zusätzlich dazu sollten Betriebe verpflichtet werden, notwendige Weiterbildungen ihrer Mitarbeiter*innen für die Transformation zu finanzieren. Qualifizierungs- und Ausbildungsverbünde sollen (falls notwendig) kleinen und mittleren Unternehmen bessere Möglichkeiten bieten, Beschäftigte zu qualifizieren.

Weitere Hintergrundinfos zu einer klimafitten Arbeitswelt

Wieso Klima-Jobs und nicht Green Jobs?

Die Definition von Green Jobs ist für die Erreichung der Klimaziele zu weit gefasst. Green Jobs umfassen umweltorientierte Produktion und Dienstleistungen, die dazu dienen, Umweltschäden/Ressourcenabbau zu vermeiden, zumindest zu vermindern sowie zu behandeln, messen oder untersuchen. Die Produkte und Dienstleistungen behandeln/entsorgen bestehende Umweltschäden, sollen sie von vornherein verhindern/vermeiden oder sind im Vergleich zu herkömmlichen Produkten bei Produktion, Verbrauch oder Entsorgung weniger belastend. Das heißt, z.B., dass die Herstellung von weniger emissionsintensiven Autos mit Verbrennungsmotor, Reparaturen in Zusammenhang mit der Ausstellung des KFZ-Pickerls, das Zupflastern der Gegend mit Passivhausbauten, die Erzeugung von Müll, der anschließend entsorgt oder recycelt wird, etc. Green Jobs darstellen. Green Jobs sind damit nicht notwendig mit der Erreichung der Klimaziele vereinbar.

Klima-Jobs: für die Transformation, für Anpassungsmaßnahmen, für die Beseitigung von Umweltschäden, generell nachhaltige Jobs. Es gibt dann aber auch viele systemrelevante Jobs, die da nicht (direkt) reinfallen, über die man sich extra Gedanken machen müsste.

Standortsicherung durch Klima-Jobs

Um Österreichs Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern, ist es entscheidend, jetzt in zukunftsfeste Jobs und Produktion zu investieren, sonst gerät das Land ins Hintertreffen. Ein Beispiel dafür ist der E-Mobilitätsmarkt, in dem China Europa bereits um zehn Jahre voraus ist. Dies gefährdet den Standort Österreich, der durch die Zulieferindustrie für die deutschen Autobauer geprägt ist. Viele österreichische Zulieferer, die bisher für die deutsche Autoindustrie arbeiten, könnten sich auf die E-Autobusproduktion umstellen. Weiters sollte Österreich den Anspruch haben, an der Herstellung und Weiterentwicklung von Zukunftstechnologien wie Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen langfristig



mitzuwirken. Durch die Schaffung solcher zukunftsfitten Jobs können wir unseren Standort nachhaltig absichern. Dies trägt auch dazu bei, die Wertschöpfung im Land zu behalten.

Viele große Unternehmen in Österreich benötigen für ihre Dekarbonisierung erhebliche Strommengen und grünen Wasserstoff, was einen Ausbau der Stromnetze und entsprechende Fachkräfte erfordert. Dadurch ist der Ausbau der Stromnetze eine wesentliche Maßnahme zur Standortsicherung. Infolgedessen wird der Standort für Unternehmen attraktiver und die Arbeitsplätze werden gesichert.

Finanzierung für arbeitsmarktpolitische Transformationsmaßnahmen sichern – wie geht das?

Für die Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Transformationsmaßnahmen gibt es mehrere Instrumente. Eine Vermögenssteuer, wie bereits im Kapitel „Klimawandelanpassung“ gefordert, eine höhere Kapitalbesteuerung (KEST) und eine höhere Körperschaftsteuer bieten sich angesichts der hohen Vermögensungleichheit in Österreich und der verheerenden Klimabilanz sehr vermögender Personen an. Auch eine Erbschaftssteuer wäre sinnvoll.

Investitionen in die sozial-ökologische Transformation müssen vom EU-Fiskal- bzw. Stabilitäts- und Wachstumspakt (Jährliches Haushaltsdefizit max. 3 % des BIP, öffentliche Verschuldung max. 60 % des BIP) ausgenommen werden. Dazu soll die österreichische Regierung eine Vertragsänderung anstreben. Bis dahin sollen die Regeln bzw. Defizitverfahren ausgesetzt werden. Die Klimakrise ist ein außergewöhnliches Ereignis, das unsere Lebensgrundlagen bedroht und durch schuldenbasierte öffentliche Zukunftsinvestitionen bekämpft werden kann und muss. Die Investitionen können aus einem eigens dafür geschaffenen Transformationsfonds finanziert werden, der auch aus der Umleitung abgeschaffter klimakontraaktiver Subventionen gespeist werden soll.